

PRESSESTATEMENT

**von SoVD-Präsident Adolf Bauer
für die Pressekonferenz
„Für eine Erwerbstätigenversicherung“
am 21. Juni 2005**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Ihnen heute das Konzept des Sozialverbands Deutschland für eine grundlegende Rentenreform vorstellen. Vor Ihnen liegt unser Positionspapier, in dem wir uns für eine Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung einsetzen.

Dieser Schritt ist unverzichtbar. Es müssen langfristig alle Erwerbstätigen in die Versicherungspflicht einbezogen werden, also auch Beamte, Politiker und Selbstständige. Nur so können wir die gesetzliche Rentenversicherung für die nachfolgenden Generationen sichern.

Denn eines steht fest: So wie bisher geht es nicht weiter!

Die Politik der ständigen Rentenkürzungen ist völlig verfehlt.

Wir stellen drei Hauptursachen für die aktuellen Finanzprobleme der Rentenversicherung fest: Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die Frühverrentungspraxis und den unzureichenden Bundeszuschuss, der beitragsungedekte Leistungen wie den West-Ost-Transfer bei den Renten nicht voll abdeckt.

Anstatt bei diesen drei Ursachen anzusetzen, hat die Bundesregierung auf die einbrechenden Beitragseinnahmen in der Rentenversicherung mit immer schärferen Rentenkürzungen für die heutigen und künftigen Rentner reagiert. Gelöst wurden die Probleme damit nicht.

Das Ergebnis dieser kurzsichtigen Rentenpolitik sind reale Rentenkürzungen für die heutigen Rentner, die für viele kaum zu verkraften sind. Ein Durchschnittsrentner mit einer gesetzlichen Rente von 1000 Euro hat am 1. Juli 2005 genau 46,50 Euro weniger im Portemonnaie als vor zwei Jahren. Diese Kürzung ergibt sich durch den vollen Pflegeversicherungsbeitrag, den zusätzlichen Beitragssatz für Kinderlose in der Pflegeversicherung, durch den Zusatzbeitrag für Krankengeld und Zahnersatz, zwei Renten-Nullrunden und die Inflation.

46,50 Euro sind bei 1000 Euro Rente ein spürbarer Betrag. Das bedeutet, dass man auf einiges verzichten muss. Noch härter trifft es die Betriebsrentner. Denn sie zahlen seit Januar 2004 auch noch den vollen Krankenversicherungsbeitrag auf ihre Betriebsrenten. Wer zu den 1000 Euro aus der gesetzlichen Rentenversicherung noch eine Betriebsrente von 300 Euro erhält, hat sogar Einbußen von insgesamt 68,55 Euro zu verkraften.

Fatal ist auch das Signal der Rentenreformen für künftige Rentnergenerationen: Sie können trotz jahrzehntelanger Beiträge nur noch mit einer Rente knapp über Sozialhilfeniveau rechnen. Ein Durchschnittsverdiener, der 39,5 Jahre lang in die Rentenversicherung einzahlt, wird nur eine Rente von 938 Euro nach heutigem Wert erhalten. Dies entspricht der Höhe der Armutsrisikogrenze. Wir stellen besorgt fest, dass dies die Legitimation und Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung gerade bei der jüngeren Generation untergräbt.

Die gesetzliche Rentenversicherung hat sich in ihrer mehr als einhundertjährigen Geschichte als ein außerordentlich leistungsfähiges soziales Sicherungssystem bewährt. Sie ist reformwürdig und reformfähig. Wir stehen heute vor der Aufgabe, auch in Zukunft die gesetzliche Rentenversicherung für alle Versicherten zu bewahren.

Es muss daher Schluss sein mit einer Politik, die die Rentenversicherung finanziell schwächt. Wir brauchen genau das Gegenteil, nämlich eine finanzielle Stärkung der Rentenversicherung. Es muss vor allem Schluss sein mit der Politik der Rentenkürzungen!

Die **vier zentralen Forderungen des SoVD** zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherung lauten:

1. Fortentwicklung zu einer Erwerbstätigenversicherung
2. Sicherheit und Verlässlichkeit in der Rentenversicherung
3. Stärkung der Finanzierungsgrundlagen
4. Sozial gerechter Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge.

1. Erwerbstätigenversicherung

Um die gesetzliche Rentenversicherung für die Zukunft zu sichern, fordern wir, dass langfristig alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden, also

- Beamte, Soldaten und Richter
- Minister und Parlamentarier
- sowie Freiberufler und Selbstständige.

Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Nur so können die Belastungen, die durch Veränderungen am Arbeitsmarkt und die demografische Entwicklung entstehen, sozial gerecht auf alle Schultern verteilt werden.

Die Finanzierung eines solidarischen Alterssicherungssystems darf nicht länger nur den abhängig Beschäftigten aufgebürdet werden. Es ist ungerecht, dass sich gerade Berufsgruppen mit hohem Einkommen der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung entziehen können. Wir brauchen vielmehr eine Stärkung der Solidargemeinschaft.

2. Sicherheit und Verlässlichkeit in der Rentenversicherung

Wir fordern, dass in der Rentenpolitik endlich wieder Sicherheit und Verlässlichkeit einkehren. Es muss Schluss sein mit den ständigen Eingriffen in die Rentenformel.

In den vergangenen sechs Jahren hat die Bundesregierung vier Mal in den Rentenanpassungsmechanismus eingegriffen. Und auch die Union hat bereits angekündigt, dass sie im Falle eines Wahlsieges den Nachhaltigkeitsfaktor erneut verändern will. Dies hätte weitere Rentenkürzungen zur Folge.

Wer weitere Rentenkürzungen in Betracht zieht, muss mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen. Wir fordern stattdessen ein dauerhaftes und verfassungskonformes Sicherungsziel der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Bundesregierung hat mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz eine dramatische Absenkung des Rentenniveaus beschlossen. Das Standardrentenniveau wird von 69,7 Prozent im Jahr 2003 auf 52,2 Prozent im Jahr 2030 sinken. Das bedeutet für einen Durchschnittsverdiener, der 45 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, eine Rentenkürzung von 25 Prozent.

Einer Rentenpolitik, die sehenden Auges in eine neue Altersarmut führt, erteilen wir eine klare Absage.

Wir fordern außerdem die Einführung einer Mindestsicherung für Geringverdiener.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Versicherte mit geringem Einkommen trotz jahrzehntelanger Beitragszahlungen keine existenzsichernde Rente erhalten und im Alter auf ergänzende Leistungen der Sozialhilfe oder Grundsicherung angewiesen sind. Die Mindestsicherung soll für Versicherte mit Niedriglöhnen gelten, die ganz überwiegend Vollzeit beschäftigt sind und einen geschlossenen Versicherungsverlauf aufweisen können.

3. Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung

Oberstes Ziel muss sein, die Einnahmehasis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken. Wir brauchen eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die den Erhalt und Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fördert. Die massive Förderung geringfügiger Beschäftigung in Form von Mini- und Midi-Jobs hat sich als Bumerang erwiesen, weil sie zu einem Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze geführt hat. Wir fordern daher, Mini- und Midi-Jobs wieder sozialversicherungspflichtig auszugestalten.

Eine weitere Möglichkeit, die Finanzierungsgrundlagen der Rentenversicherung zu stärken, ist der Wertschöpfungsbeitrag für kapitalintensive Betriebe. Der Wertschöpfungsbeitrag soll für diejenigen Firmen eingeführt werden, die durch Rationalisierungsinvestitionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abbauen.

Viele Unternehmen haben durch Rationalisierung und Personalabbau ihre Gewinne erhöht. Die Kosten für die Rationalisierungsmaßnahmen werden heute zum großen

Teil von der Versichertengemeinschaft in unseren sozialen Sicherungssystemen und von personalintensiven sowie klein- und mittelständischen Unternehmen getragen.

Um die Solidargemeinschaft zu stärken, muss die Praxis der Frühverrentung gestoppt werden. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsprozess gedrängt werden, obwohl sie leistungsfähig und erfahren sind. Wir wehren uns auch dagegen, dass Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen aus dem Arbeitsleben gedrängt werden. Ihre Leistungsfähigkeit kann mit Reha-Maßnahmen erhalten und ausgebaut werden. Der Grundsatz Rehabilitation vor Rente muss daher konsequent umgesetzt werden.

Wir fordern außerdem, dass beitragsungedeckte Leistungen vollständig durch Bundeszuschüsse abgedeckt werden. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) betrug der Fehlbetrag für versicherungsfremde Leistungen in der Rentenversicherung im Jahr 2003 mindestens 3,1 Milliarden Euro. Es ist nicht akzeptabel, dass die Versichertengemeinschaft zur Finanzierung von sozialpolitisch sinnvollen Leistungen herangezogen wird, die als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuermitteln finanziert werden müssten.

4. Betriebliche und private Altersvorsorge sozial gerecht ausbauen

Der betrieblichen und privaten Altersvorsorge kommt in der Zukunft aufgrund der Rentenkürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine größere Bedeutung zu. Vor allem Durchschnitts- und Geringverdiener brauchen mehr staatliche Unterstützung beim Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge. Wir brauchen daher eine zielgenauere Ausrichtung und sozial gerechtere Umverteilung der staatlichen Förderinstrumente. Geringverdiener müssen durch eine Anhebung der Förderbeiträge in die Lage versetzt werden, sich eine angemessene private Altersvorsorge aufzubauen.

Korrekturbedarf sehen wir auch in folgendem Punkt: Erwerbsminderungsrentner dürfen nach gegenwärtiger Rechtslage keine Riester-Rente abschließen. Hierfür gibt es keinerlei sachlichen Grund. Gerade die Erwerbsminderungsrentner haben häufig niedrige Renten. Es ist ungerecht, gerade diejenigen von der Riester-Förderung auszuschließen, die sie am dringendsten benötigen.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte in Deutschland aufrufen, sich für eine sozial gerechte Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen. Denn die Belastungen, die durch Massenarbeitslosigkeit und demografische Entwicklung entstehen, dürfen nicht länger nur den Rentnern und Versicherten aufgebürdet werden.

Die Erwerbstätigenversicherung bedeutet mehr soziale Gerechtigkeit.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten intensiv um Unterstützung für unser Ziel der Erwerbstätigenversicherung werben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

